



Am Montag im Kantonsrat

Zürich, 30.08.2024

Vorschau auf die Kantonsratssitzung vom Montag, 2. September 2024

Fokusthema: **Volkswirtschaft**

Der Zürcher Kantonsrat wird am Montag nach der Diskussion über die Antwort auf eine dringliche Interpellation über die beantragte Ablehnung einer Einzelinitiative und die Abschreibung zweier Postulate entscheiden. Während die Abrechnung eines Kredits aus der Corona-Zeit rasch behandelt werden dürfte, ist eine rege Diskussion zu einer parlamentarischen Initiative betreffend Velonetzplanung zu erwarten. In der verbleibenden Sitzungszeit wird sich der Rat mit Vorstössen befassen, welche die Volkswirtschaftsdirektion betreffen.

Dringliche Interpellation zu externen Experten in der Zürcher Staatsanwaltschaft

EVP-Kantonsrat Donato Scognamiglio hat mit Unterstützung von SVP und FDP dem Regierungsrat verschiedene Fragen in Zusammenhang mit dem Einsatz von externen Experten in der Zürcher Staatsanwaltschaft gestellt ([KR-Nr. 238/2024](#)). Da es sich beim Vorstoss um eine dringliche Interpellation handelt, wird die zuständige Regierungsrätin, Justizdirektorin Jacqueline Fehr, die Antworten im Rat persönlich vortragen. Mit der Diskussion über die Antworten der Regierung ist das Geschäft erledigt.

Donato Scognamiglio (EVP, Freienstein-Teufen), 078 764 87 17

Einzelinitiative zum Ausbau der Weinländer Bahnlinien soll abgelehnt werden

Eine Person aus Adlikon hat mit einer Einzelinitiative (EI), die der Rat vorläufig unterstützt hat, für das Zürcher Weinland unter anderem einen Doppelspurausbau, eine Verbindungsschleife, inklusive einer neuen Brücke über die Thur, sowie die Einrichtung neuer Haltestellen gefordert. Die Kommission für Energie, Verkehr und Umwelt (KEVU) beantragt dem Kantonsrat einstimmig, die EI «Für die Bewilligung eines Kredites für einen Ausbau der Weinländer Bahnlinien Winterthur – Schaffhausen und Winterthur – Stein am Rhein» abzulehnen ([KR-Nr. 108/2021](#)). Sie folgt damit dem Antrag des Regierungsrates. Mit dem Ausbauschnitt 2035 (STEP AS 2035) ist im Weinland bereits ein massgeblicher Angebotsausbau mit zwei S-Bahnlinien geplant, die jeweils im Halbstundentakt über Winterthur weiter nach Zürich geführt werden. Aus Sicht der KEVU wären die von der EI zusätzlich geforderten Infrastrukturausbauten mit sehr hohen Kosten verbunden, die für die Fahrgäste nur einen geringen Nutzen bringen würden.

KEVU-Präsident: Andreas Hasler (GLP, Illnau-Effretikon), 079 385 51 84

Postulate zu Mobility-Pricing sowie Mobilitäts- und Parkierungsmanagement abschreiben

Gleich zwei Postulate beantragt die Kommission für Energie, Verkehr und Umwelt (KEVU) als erledigt abzuschreiben. Das ist an und für sich nichts Besonderes. Ein Postulat als erledigt abzuschreiben, bildet den finalen Akt auf der Reise dieser Vorstossart. Der Kantonsrat nimmt damit den mit dem Postulat vom Regierungsrat geforderten Bericht zur Kenntnis. Während die Kommission einstimmig die Abschreibung des FDP-Postulats betreffend «Mobilitätsfinanzierung nach dem Verursacherprinzip» ([KR-Nr. 126/2020](#)) beantragt, mit dem der Regierungsrat aufgefordert wurde, aufzuzeigen, welche Grundlagen notwendig wären, um ein System einzuführen, mit dem sich die Kosten der Mobilität für alle Verkehrsträger und Verkehrsteilnehmenden den Verursacherinnen und Verursachern zurechnen lassen, fiel der Entscheid zur beantragten Abschreibung des Postulats von

Grünen, SP, GLP und AL betreffend «Potenziale des Mobilitäts- und Parkierungsmanagements nutzen» ([KR-Nr. 113/2020](#)) mit 8 zu 7 Stimmen nur knapp. Die Kommissionsminderheit (Grüne, SP, GLP) ist mit der regierungsrätlichen Antwort nicht zufrieden und fordert einen Ergänzungsbericht. In diesem soll aufgezeigt werden, inwiefern der Kanton das Mobilitäts- und Parkierungsmanagement in der kantonalen Verwaltung in allen Direktionen umsetzen will und in welchem Zeithorizont er dies zu tun gedenkt. Die Postulanten forderten ursprünglich die Einführung eines verbindlichen Mobilitäts- und Parkierungsmanagements bei der kantonalen Verwaltung sowie bei allen kantonalen Institutionen und Anstalten. In seiner Postulatsantwort hat der Regierungsrat die aktuelle Situation hinsichtlich Massnahmen des Mobilitätsmanagements in der kantonalen Verwaltung sowie den Bedarf und Ansatzpunkte für weitergehende Massnahmen dargelegt.

KEVU-Präsident: Andreas Hasler (GLP, Illnau-Effretikon), 079 385 51 84
Minderheit: Florian Meier (Grüne, Winterthur), 079 332 39 46

Abrechnung für Schutzschirm für Publikumsanlässe soll genehmigt werden

Für keine lange Debatte dürfte die Abrechnung eines Kredits aus der Corona-Zeit sorgen. Die Finanzkommission (FIKO) beantragt dem Kantonsrat einstimmig, die Abrechnung des Verpflichtungs- und des Nachtragskredits zur Schaffung eines Schutzschirms für Publikumsanlässe von überkantonaler Bedeutung gemäss Art. 11a des Covid-19-Gesetzes zu genehmigen ([5721](#)). Der vom Kantonsrat bewilligte Verpflichtungskredit betrug 31 Millionen Franken. Abgerechnet wurden Ausgaben von insgesamt 274'938 Franken. Der bewilligte Kredit wird somit um 30'725'062 Franken unterschritten.

FIKO-Präsident: Karl Heinz Meyer (SVP, Neerach), 079 700 22 21

Velonetzplanung soll nicht im PBG verankert werden

Ausführlich diskutiert werden dürfte die parlamentarische Initiative (PI) «Velonetzplanung im PBG verankern» von Grünen-Kantonsrat Thomas Schweizer. Die Kommission für Planung und Bau (KPB) beantragt dem Kantonsrat mit 10 zu 5 Stimmen, die PI abzulehnen ([KR-Nr. 443/2020](#)). Die Mehrheit der Kommission beurteilt die Förderung des Veloverkehrs als erwünscht, bezweifelt jedoch, dass diese PI eine wirksamere Veloförderung zur Folge hätte. Die kantonale Geoinformationsverordnung und deren Anhänge regeln bereits, welche Geobasisdaten abzubilden sind, und legt auch jene der «Strategischen Planung Verkehrsnetze» fest. Der zum georeferenzierten Verkehrsplan (Teilrichtplan Verkehr) geforderte Bericht und das entsprechende Umsetzungsprogramm wären auch nicht stufengerecht, da es sich beim Richtplan um ein übergeordnetes, räumliches Koordinationsinstrument handelt. Aus Sicht der Minderheit der Kommission (SP und Grüne) ist die PI der richtige Weg, um die Velowegplanung voranzubringen, indem ein Verkehrsplan erstellt, georeferenziert aufbereitet und elektronisch zugänglich gemacht sowie ein konkretes Umsetzungsprogramm gefordert werde.

KPB-Präsidentin: Barbara Franzen (FDP, Niederweningen), 079 946 52 15
Minderheit: Thomas Schweizer (Grüne, Hedingen), 079 434 36 23

Vorstösse zu Arbeitszeitreduktion, Fleisch, Arbeitsbedingungen am Flughafen und Wohnungen

Bis zum Sitzungsende wird der Kantonsrat voraussichtlich noch ein paar Vorstösse behandeln, welche die Volkswirtschaftsdirektion betreffen. Mit einem Postulat betreffend «Ökologisch nachhaltige und sozial gerechte Arbeitszeitpolitik: Chancen und Risiken einer Reduktion der Erwerbsarbeitszeit» bittet Jeannette Büsser, Kantonsrätin der Grünen, den Regierungsrat, in einer Studie die zu erwartenden Konsequenzen aufzuzeigen, die bei einer Reduktion der Arbeitszeit auf maximal 35 Stunden pro Woche auftreten würden ([KR-Nr. 100/2023](#)). Der Regierungsrat beantragt, das Postulat abzulehnen. Entgegennehmen möchte der Regierungsrat indes ein Postulat von GLP-Kantonsrätin Nathalie Aeschbacher. Diese will, dass der Kanton Zürich zu einem Zentrum innovativer und zukunftsfähiger Fleischherstellung wird, und verlangt vom Regierungsrat einen Bericht, wie der Kanton ein attraktiver Standort für diese Produktion werden kann ([KR-Nr. 117/2023](#)). Weil die SVP den Vorstoss ablehnt, wird der Kantonsrat erst nach einer Debatte über die Überweisung entscheiden. Mit einer

Interpellation hat SP-Kantonsrat Alan David Sangines dem Regierungsrat verschiedene Fragen zu den Arbeitsbedingungen am Flughafen Zürich gestellt ([KR-Nr. 225/2023](#)). Mit der am Montag traktandierten Diskussion über die Antworten der Regierung ist das Geschäft erledigt. Ebenfalls auf offene Ohren bei der Regierung gestossen ist FDP-Kantonsrat Mario Senn mit dem Postulat betreffend «Analyse von Massnahmen zur Bekämpfung der Wohnungsknappheit» ([KR-Nr. 227/2023](#)). Vom Regierungsrat wird verlangt, die Wirksamkeit verschiedener Massnahmen zu evaluieren. Weil die Grünen den Vorstoss ablehnen, wird der Kantonsrat auch hier erst nach einer Debatte über die Überweisung entscheiden.

Jeannette Büsser (Grüne, Zürich), 077 255 27 56
Nathalie Aeschbacher (GLP, Zürich), 076 305 87 47
Alan David Sangines (SP, Zürich), alan.sangines@sp9.ch
Mario Senn (FDP, Adliswil), 079 796 12 04

Diese Vorschau bietet einen Überblick über die Traktanden, die voraussichtlich behandelt werden. Alle weiteren Verhandlungsgegenstände sind auf der [Traktandenliste](#) aufgeführt.

Allgemeine Auskünfte zur Sitzung des Kantonsrates geben:
Jürg Sulser, Kantonsratspräsident, 079 416 17 00
Ronny Nicolussi, Medienbeauftragter, 043 259 20 12